

SPD setzt sich durch

# Arbeitnehmerrechte bei VW bleiben gewahrt.



Das **soziale**  
Deutschland.

Das Bundeskabinett hat die Änderung des VW-Gesetzes beschlossen und damit wichtige Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerschaft im VW-Konzern gesichert. Die Gesetzesänderung war notwendig geworden, nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Oktober 2007 entschieden hatte, dass Teile des VW-Gesetzes gegen europäisches Recht verstoßen.

## Worum geht es?

Das VW-Gesetz gibt es seit 1960. Die Besonderheiten des Gesetzes erklären sich aus den nach dem Krieg ungeklärten Eigentumsverhältnissen an dem Konzern, der 1938 von den Nazis gegründet wurde. Der EuGH entschied, dass die Stimmrechtsbeschränkung für jeden Aktionär auf 20 Prozent und die besonderen Entsenderechte des Bundes und des Landes Niedersachsen in den Aufsichtsrat unvereinbar mit der Kapitalverkehrsfreiheit in der Europäischen Union sind. Diese beiden Bestimmungen werden dementsprechend nun aus dem Gesetz gestrichen. Die Vertretung Niedersachsens im Aufsichtsrat soll künftig über die VW-Satzung geregelt werden.

## Die Position der SPD.

Die SPD hatte unmittelbar nach dem Urteil eine Position in enger Abstimmung mit der IG Metall und dem Konzernbetriebsrat von VW entwickelt. Unser Hauptanliegen war und ist, dass die Spielräume optimal ausgenutzt werden müssen, um einen umfassenden Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – insbesondere auch die Mitbestimmungsregelungen – zu erhalten.

## Arbeitnehmerrechte bleiben gewahrt.

Die SPD begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts. Sie stellt sicher, dass auch künftig Entscheidungen zur Errichtung oder Verlegung von Produktionsstätten der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen. Eine Verlagerung von Produktionsstätten wird damit weiterhin nicht ohne Zustimmung der Arbeitnehmerschaft möglich sein.

**Dies ist eine gute Entscheidung für die Beschäftigten von Volkswagen. Gerade angesichts der Entscheidungen bei AEG, Nokia und vielen anderen ist dies ein gutes Signal gegen unverantwortliche Kapitalinteressen, die nur den eigenen Profit, aber nicht mehr die Existenz der Menschen im Blick haben.**